



⇒ **Oliver Hidalgo**

Religionspolitik – Über Grundsatzfragen und Konflikte zu tragfähigen Lösungsansätzen?

Der Band *Religionspolitik heute*, der den Ertrag einer 2016 im Rahmen des DFG-Exzellenzclusters ›Religion und Politik‹ in Kooperation mit dem Centrum für Religion und Moderne an der WWU Münster durchgeführten interdisziplinären Ringvorlesung wiedergibt, präsentiert zum einen einschlägige wissenschaftliche Analysen sowie zum anderen Perspektiven aus der politischen Praxis. Das Spektrum der Beiträge ist überaus breit gefasst und reicht von historisch-vergleichenden Untersuchungen über aktuelle Diskussionsfelder (z.B. Religionsfreiheit, Körperschaftsstatus, wohlfahrtsstaatliche sowie arbeits- und rundfunkrechtliche Aspekte) und Konfliktlinien (Moscheebau, Burka, Blasphemieverbot, Beschneidung) bis hin zu religionspolitischen Akteuren (Parteien, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften) mitsamt ihren entsprechenden Positionen.

Dabei gelingt ein gleichermaßen fundierter wie umfassender Überblick über die vielfältigen Probleme und Herausforderungen, die sich heute im Bereich der Religionspolitik auftun. Dies ist umso mehr zu begrüßen, als der komplexe, jedoch nach wie vor unterbestimmte Begriff ›Religionspolitik‹ infolgedessen insgesamt adäquat konturiert und auf seine konzeptionelle Leistungskraft hin überprüft wird. Ins Visier geraten diesbezüglich zunächst die *Inhalte* (Kapitel 3), die gegebenenfalls einer religionspolitischen (Neu-)Regelung bedürfen, wobei in erster Linie zur Disposition steht, wie die bestehenden politischen Spielräume des Religionsverfassungsrechts zu nutzen sind und wo eventuell Änderungen des Grundgesetzes angebracht sein könnten. Als genuine *Formen* der ›Religionspolitik‹ lassen sich jedoch ebenso die politischen Auseinandersetzungen benennen, die im Zuge der praktischen Religionsausübung im Hinblick auf die hiervon berühr-

ten (garantierten) Umfänge und (notwendigen) Grenzziehungen entbrannt sind (Kapitel 4). Im Zentrum der Betrachtung stehen hier reale Normenkollisionen zwischen dem Grundrecht auf Religionsfreiheit auf der einen und weiteren Verfassungsgütern wie der Meinungsfreiheit, der

Daniel Gerster / Viola van Melis / Ulrich Willems (Hg.) (2018): Religionspolitik heute. Problemfelder und Perspektiven in Deutschland, Freiburg i.Br.: Herder. 463 S., ISBN 978-3-451-37807-2, EUR 40,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2018-rez-5

körperlichen Unversehrtheit oder dem allgemeinen Diskriminierungsverbot bzw. integrations- und sicherheitspolitischen Erwägungen auf der anderen Seite.

Schließlich sind als ›Religionspolitik‹ im eigentlichen Sinne auch diejenigen politischen *Positionen* rund um das Thema Religion zu bezeichnen, die von Parteien bzw. Religionsgemeinschaften artikuliert werden. Der Sammelband legt in dieser Hinsicht zunächst die Standpunkte vor, die die derzeit im Bundestag versammelten Fraktionen (Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD, CDU, CSU; die Positionen von FDP und AfD werden zusätzlich im Beitrag von *Arnulf von Scheliha* über die religionspolitische Willensbildung der Parteien in Deutschland einbezogen) im Hinblick auf die Regelung von Religionsfreiheit und religiöser Pluralität sowie der politischen Kooperation mit Religionsgemeinschaften geäußert haben (Kapitel 5.1). Mit welcher politischen Ausrichtung umgekehrt religiöse und weltanschauliche Verbände (Juden, Humanisten, Ahmadiyya Muslim Jamaat, Katholische Kirche, Muslime, Zeugen Jehovas, Evangelische Kirche, Säkulare) Einfluss auf die Gestaltung der eben genannten Fragen und Problemkreise gewinnen wollen, behandelt dann das Teilkapitel 5.2.

Die Fülle und Qualität der Beiträge, die der von Daniel Gerster, Viola van Melis und Ulrich Willems herausgegebene Band zur Religionspolitik versammelt, garantieren sowohl Ausgewogenheit als auch argumentativen Tiefgang. Die mehr als 30 wissenschaftlichen Autoren, Politiker und Repräsentanten religiös-weltanschaulicher Institutionen spiegeln nicht nur den Stand der aktuellen Debatte in charakteristischer Manier wider, sondern warten zudem mit einigen bemerkenswerten Stellungnahmen auf. In seinem Grundsatzartikel wiederholt der Politikwissenschaftler *Ulrich Willems* (38–69) zu Beginn der Publikation seine schon an anderen Stellen formulierte These, dass die Veränderung der religiösen Landschaft durch Säkularisierungsprozesse, Globalisierung und Migration sowie die nicht auf die Realität religiöser Vielfalt abgestimmte kooperative, die christlichen Großkirchen bevorzugende religionspolitische Ordnung in der Bundesrepublik erhebliche Schwierigkeiten implizieren. Er verifiziert dies anhand einiger nach wie vor ungelöster Herausforderungen, insbesondere was die Integration religiöser Minderheiten (zuvorderst der Muslime), aber auch die Belange der wachsenden Zahl an Konfessionslosen in Deutschland angeht. Die resümierende Bilanz der in jüngerer Zeit erfolgten religionspolitischen Maßnahmen fällt unter diesen Vorzeichen ziemlich zwiespältig aus.

Das von Willems angeregte Nachdenken über das Für und Wider des Religionsverfassungsrechts in Deutschland wird implizit bestätigt

durch die Studie des Zeithistorikers *Thomas Großbölting* zur geschichtlichen Kontingenz der ›hinkenden Trennung‹ zwischen Kirche und Staat zunächst in der Weimarer und später auch in der bundesrepublikanischen Ordnung (73–95). Jenes deutsche Spezifikum, dessen normative Bestandskraft diskutabel erscheint, erschließt sich umso mehr durch den Vergleich mit dem amerikanischen System, den der Philosoph *Hermann Lübke* unternimmt (96–115). Nicht zuletzt aufgrund der »abnehmenden Zahl von Gläubigen« hält der Leiter des katholischen Büros in Nordrhein-Westfalen, *Antonius Hamers*, in seinem Beitrag den »Stellenwert der Kirche in Staat und Gesellschaft« immerhin für zunehmend »begründungspflichtig« (426), selbst wenn sich das deutsche Religionsverfassungsrecht insgesamt »bewährt« habe (424).

Das ebenfalls bereits von Willems anvisierte Spannungsfeld zwischen politischer und (verfassungs-)richterlicher Regulierung religionspolitischer Fragen wird an späterer Stelle durch den Juristen *Thomas Gutmann* (162–173) mit dem Satz zugespitzt, dass am Ende immer »nur das Recht und nicht eine zunehmend unter populistischem Druck stehende Politik imstande sein wird, das Prinzip gleicher Religionsfreiheit hochzuhalten« (171). Gutmanns Beitrag, der die generelle weltanschauliche Neutralität des liberalen und säkularen Rechtsstaates gegen die These von dessen christlich-abendländischen Grundlagen unterstreicht, wird eingerahmt durch zwei weitere Einlassungen zur Religionsfreiheit: zum einen von der Sozialethikerin *Marianne Heimbach-Steins* (141–161), die vor allem vor partikularen Vereinnahmungen und politischen Instrumentalisierungen des Menschenrechts auf Religionsfreiheit warnt; und zum anderen durch den Staatsrechtler *Hinnerk Wißmann* (177–191), der die Religionsfreiheit auf ein freiheitliches Gemeinwesen im Ganzen ausgreifen sieht, weshalb heute nicht zuletzt die Zukunftsfähigkeit des Körperschaftsstatus von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Frage stehe. Jener Auffassung schließt sich die Religionswissenschaftlerin *Astrid Reuter* (192–200) aus pragmatischen und lösungsorientierten Überlegungen an.

Dass sich die gestiegene Vielfalt der Religionen in Deutschland heute ebenso in den (öffentlich-rechtlichen) Medien niederschlagen müsse, fordern die Beiträge von *Tim Karis* (261–283) und *Viola van Melis* (284–293). Zuvor zeichnen die Aufsätze von *Philip Manow* (203–222) und *Karl Gabriel* (223–228) die religiösen Prägungen des bundesdeutschen bzw. europäischen Wohlfahrtsstaates nach und problematisiert *Hartmut Kreß* (231–252) den eher historisch denn normativ begründeten »arbeitsrechtlichen Sonderstatus der Kirchen« (233), mit

dem diese als Arbeitgeber von gängigen Arbeitnehmerrechten bzw. Gleichstellungsaufgaben ausgenommen seien. Der von Kreß deswegen geforderten säkularen Vereinheitlichung des Arbeitsrechts hält indes *Thorsten Moos* (253–258) die besondere Rolle von Kirchen und religiösen Akteuren im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswesen entgegen, welche ein eigenständiges Arbeitsrecht der Kirchen rechtfertigen könnte, sofern letztere ihr diesem Recht zugrundeliegendes »Selbstbestimmungsrecht« entsprechend »allgemein plausibel« machen (254).

Die derzeit wahrscheinlich heißesten Eisen auf dem Gebiet der Religionspolitik reflektieren schließlich die Artikel von *Claus Leggewie* (der eine formale Deeskalationsstrategie bei der Austragung von Streitigkeiten rund um den vermehrten Bau von Moscheen vorschlägt, 297–313), *Ulrike Spohn* (die zu bedenken gibt, dass alle bisher erfolgten Burkaverbote in Europa nicht für eine Befriedung der dahinter stehenden Konflikte gesorgt hätten, 314–330), *Klaus von Beyme* (der am Beispiel der heftigen politischen Auseinandersetzungen um die sog. »Mohammed-Karikaturen« bzw. die oft radikalen Äußerungen von evangelikalen Christen die gestiegene politische Sprengkraft von schmähevollen Äußerungen gegenüber Gott und der Religion thematisiert, 331–346) und *Çefli Ademi* (der aus der Perspektive islamischer Rechtswissenschaft Stellung bezieht zur Debatte um die Zirkumzision von Jungen, 347–364). Die genannten Beiträge liefern dabei einen gehaltvollen Einblick in die Komplexität und den Differenzierungsbedarf hinsichtlich aller in diesem Zusammenhang erwähnten Materien. Alles in allem verschafft die Lektüre des Bandes einen kohärenten Einstieg in aktuelle Problemstellungen, gibt theoretische und konzeptionelle Orientierung und vermittelt zusätzlich einen bleibenden Eindruck von den praktischen Sequenzen heutiger Religionspolitik. Das ist bei weitem mehr als das, was die meisten aktuellen Sammelbände zu politisch brisanten Themen derzeit erreichen.

Oliver Hidalgo, *1971, PD Dr. phil., Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg (oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de).

Zitationsvorschlag:

Hidalgo, Oliver (2018): Rezension: Religionspolitik – Über Grundsatzfragen und Konflikte zu tragfähigen Lösungsansätzen? (Ethik und Gesellschaft 2/2018: Rechtsbrüche).
Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2018-rez-5> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2018: Rechtsbrüche

Benno Zabel

Das Wagnis der Freiheit. Recht, Politik und die Angst der Moderne

Judith Hahn

Entgrenzte Bukowina. Was ist und leistet Recht in einer normpluralistischen Perspektive?

Christian Polke

Vom Bruch im Recht. Kulturtheoretische Vorüberlegungen mit Ernst Cassirer

Franziska Dübgen

Rechtsbruch und Strafe. Gerechtigkeitstheoretische Erwägungen

Markus Babo

Das Asylrecht als sperrige Institution in der Rechtsordnung